

Europa-Kolleg Hamburg
Institute for European Integration

Forschungsbericht 1/2013

**Die Grenzen und die Zukunft der
Kohäsionspolitik aus deutscher und ungarischer
Sicht**

Endre Domonkos

August 2013

Europa-Kolleg Hamburg
Institute for European Integration

Das *Europa-Kolleg Hamburg* ist eine privatrechtliche Stiftung. Sie hat den Zweck, die Forschung und akademische Lehre im Bereich der europäischen Integration und der internationalen Zusammenarbeit zu fördern.

Das *Institute for European Integration*, wissenschaftliche Einrichtung an der Universität Hamburg, bildet den organisatorischen Rahmen für wissenschaftliche Aktivitäten des Europa-Kollegs.

In den Forschungsberichten werden Forschungsergebnisse, teilweise auch in vorläufiger Form, vorgestellt. Die Beiträge liegen in alleiniger Verantwortung der Autoren und geben deren persönliche Auffassung wieder und nicht notwendigerweise diejenige des *Institute for European Integration*. Die Forschungsberichte werden hauptsächlich von Gastwissenschaftlern des *Institute for European Integration* verfasst.

Die Grenzen und die Zukunft der Kohäsionspolitik aus deutscher und ungarischer Sicht

Endre Domonkos*

Abstract

The endeavor of this essay is to shed some light on the impacts of cohesion policy in Hungary and Germany between the financial perspective 2007 and 2013. It is argued that the cohesion policy plays a crucial role in order to achieve sustainable economic growth and better convergence between the regions of the European Union. From this point of view it is essential to focus on the further development of cohesion policy within the framework of the multiannual financial framework between 2014 and 2020. As far as cohesion policy concerned, it is a crucial question to understand the German and Hungarian viewpoint, paying attention the specific needs of these countries. For Hungary the financial transfers, given by the Structural Funds and Cohesion Fund play an important role in the modernization of the country's economy, that is why all proposals, which want to reduce the financial resources for the regions lagging behind and the freezing of the financial contributions of net contributors will be refused by the Hungarian government. It is expected that in the field of cohesion policy we have to count a continuing debate between the net contributors and net beneficiaries of the European Union.

Key words: European Union, cohesion policy of Hungary and Germany, financial framework between 2007 and 2013.

*Dr. Endre Domonkos ist Oberassistent an der Budapester Wirtschaftshochschule, Fakultät für Außenhandel. Der Beitrag basiert auf einem von DAAD unterstützten Forschungsaufenthalt des Autors im Juli 2012 am Europa-Kolleg Hamburg und eines Referat auf dem Budapester Gesprächen am 19. Oktober 2012 in Budapest.

Korrespondenzadresse:

Endre Domonkos

email: Endre.Domonkos@kkk.bgd.hu

Einleitung

Seit Mai 2004 ist Ungarn Mitglied der Europäischen Union. Seit dem Beitritt ist Ungarn Nettoempfänger aus dem Haushalt der EU. Zwischen 2007 und 2013 kann Ungarn 25,3 Milliarden Euro aus dem Kohäsionsfonds und den Strukturfonds abrufen. In dem Programmplanungszeitraum 2007-2013 gehören sechs ungarische Regionen zum Ziel „Konvergenz“ und Mittelungarn gehört zum Ziel „Regionale Wettbewerbsfähigkeit und Beschäftigung“.

Das Ziel dieser Abhandlung ist eine Bewertung der Erfahrungen der deutschen Strukturpolitik im Hinblick darauf, inwieweit daraus Schlussfolgerungen für Ungarn gezogen werden können sowie ein Ausblick auf die Zukunft der Kohäsionspolitik in der Förderperiode 2014-2020. Die Kohäsionspolitik soll wirtschaftliches Wachstum stimulieren. Unter wissenschaftlichen Gesichtspunkten ist es einerseits interessant zu untersuchen, wie das nachhaltige wirtschaftliche Wachstum in Deutschland und in Ungarn durch Kohäsionspolitik beeinflusst werden kann, andererseits, wie die ostdeutschen und ungarischen rückständigen Regionen aufholen können. Zwischen 2014-2020 strebt die EU mit ihrer Kohäsionspolitik an, die Realkonvergenz der rückständigen Regionen in Mittel und Osteuropa weiter voranzutreiben. Vermutlich sind die deutschen und ungarischen Interessen in diesem Bereich ähnlich, dennoch wäre es wichtig, in der ungarischen Strukturpolitik die deutschen Erfahrungen mit dieser Politik zu berücksichtigen. Das Ziel dieses Beitrages ist die Bewertung der Erfahrungen der Kohäsionspolitik im Programmplanungszeitraum 2007-2013 in Ungarn und in Deutschland. Diesbezüglich soll nicht nur die Förderperiode 2007-2013 betrachtet werden, sondern auch die Zukunft der Kohäsionspolitik im Lichte des fünften Kohäsionsberichts und des Finanzrahmens 2014-2020. Die einzelnen Operationalen Programme sollen nicht Gegenstand dieser Untersuchung sein.

1. Kohäsionspolitik in Deutschland in der Förderperiode 2007-2013

Im Zeitraum 2007-2013 belaufen sich die Mittel der Kohäsionspolitik auf 26,4 Milliarden Euro. Von dieser Summe entfallen 15,1 Milliarden Euro auf die Konvergenzgebiete in den neuen

Bundesländern und 991 Millionen Euro auf die Region Lüneburg in den alten Ländern. Die alten Länder einschließlich Berlin werden im Rahmen des Ziels „Regionale Wettbewerbsfähigkeit und Beschäftigung“ mit ungefähr 9,4 Milliarden Euro gefördert. 0,8 Milliarden Euro sind verfügbar, um das Ziel der „Europäischen Territorialen Zusammenarbeit“ zu verwirklichen. In dieser Förderperiode gehört Brandenburg-Südwest zu den Phasing-out Regionen.¹

Nahezu drei Viertel (74%) der geplanten öffentlichen Mittel stammen aus den Europäischen Strukturfonds. Etwa 16 Milliarden Euro von den gesamten öffentlichen Mitteln sollen durch Programme des EFRE durchgeführt werden. Die über den ESF bereitgestellten öffentlichen Mittel belaufen sich auf 6,3 Milliarden Euro.² Hinsichtlich der Mittelverteilung zwischen dem ESF und dem EFRE kann eine Verschiebung zugunsten des EFRE gegenüber der Förderperiode zuvor beobachtet werden. Beim Einsatz der Strukturfondsmittel spielen die Operationalen Programme eine wichtige Rolle, weil 82% der öffentlichen Mittel im Rahmen der jeweils sechs Programme für den EFRE und den ESF in den neuen Ländern und in Berlin vergeben werden. Der Anteil der beiden Bundesprogramme – OP Verkehr und Bundes ESF kann eine weitgehende Stabilität in der Mittelverteilung zwischen den Förderperioden festgestellt werden.³

Die EU-Mittel werden für vier strategische Ziele verwendet:

1. Innovation, Aufbau der Wissensgesellschaft und Stärkung der wissenschaftlichen Wettbewerbsfähigkeit.
2. Verbesserung der Attraktivität der Regionen für Investoren und Bewohner durch nachhaltige regionale Entwicklung.
3. Mehr und bessere Arbeitsplätze.
4. Weiterentwicklung der Regionen zur Förderung von Möglichkeiten und zur Verringerung von Unterschieden.⁴

Neben den strategischen Zielen wurden auch drei horizontale Ziele bestimmt:

1 Eltges, Markus u. Lackmann, Gregor (2007): Europa findet Stadt – die städtische Dimension in der EU-Strukturpolitik. In: Raumforschung und Raumordnung, Heft 4/2007, S. 327.

2 Gesellschaft für Finanz- und Regionalanalysen GbR (2010): Endbericht der Studie im Auftrag des Bundesministeriums für Wirtschaft und Technologie. Juni 2010, S. 332-333.

3 Ebd.: S. 333

4 Europäische Kommission, Generaldirektion Regionalpolitik - Inforegio: National Strategic Reference Framework. http://ec.europa.eu/regional_policy/atlas2007/germany/index_de.htm Abgerufen am 11. Juli 2012.

1. Nachhaltige städtische Entwicklung.

2. Chancengleichheit.

3. Umwelt.⁵

In dem Programmplanungszeitraum 2007-2013 spielt die erneuerte Lissabon-Strategie eine wichtige Rolle. Deutschland hat sich dazu verpflichtet, seine Strukturfondsinvestitionen für Lissabon-verknüpfte Aktivitäten zur Förderung von Wachstum und Beschäftigung einzusetzen. Die Maßnahmen werden in der Programmumsetzung so klassifiziert, dass sie den Zielen der Lissabon-Strategie dienen können.

Die Schwerpunkte der Kohäsionspolitik sind die folgenden: die Förderung von Forschung und Innovation, der Aufbau der Wissensgesellschaft und die Schaffung eines nachhaltigen öffentlichen Verkehrs.

In der Förderperiode 2007-2013 können kleine und mittlere Unternehmen KMU werden etwa 3,7 Milliarden Euro erhalten. Ein weiterer Betrag von 1 Milliarde Euro auf Bund und Länderebene zielt darauf ab, Unternehmensgründungen durch Beratung und Ausbildung zu unterstützen. Vorgesehen ist, dass über 127 Tsd. Unterstützung erhalten.

Für den Programmplanungszeitraum 2007-2013 wurden dem Bereich Forschung und Entwicklung 8 Milliarden Euro zugesprochen. Die Schwerpunkte der Aktivitäten sind die Unterstützung von Forschungs- und Unternehmensnetzwerken und die Entwicklung von forschungsintensiven Produkte und Dienstleistungen. Insgesamt sollen über 5 Tsd. FuE-Projekte umgesetzt werden.

Die Ausbildungspolitik soll 2,9 Milliarden Euro erhalten. Gemäß den Absichten, können über 3 Millionen junge Leute von Bildungs- und Ausbildungsmaßnahmen profitieren. Das Ziel ist, die Zahl der vorzeitigen Schulabgänger zu senken und die berufliche Ausbildung zu verbessern.

5 Ebd.

Im Rahmen der Verbesserung der Qualität der Umwelt sollen Aktionen zur Bekämpfung des Klimawandels unterstützt werden. Für Investitionen, Energieeffizienzmaßnahmen und erneuerbare Energien wurde ein Budget von 480 Mio. Euro bereitgestellt.

Insgesamt 3 Milliarden Euro sollen in umweltfreundliche Verkehrsinfrastrukturen fließen. Fehlende Verbindungsstraßen zu wichtigen Verkehrsnetzwerken sollen gebaut werden.⁶

Es wird angestrebt, dass das BIP-Pro-Kopf in den Konvergenzregionen auf über 75% des EU-Durchschnitts ansteigen soll. Die Strukturfonds müssen zur Umsetzung der Lissabon-Ziele für Beschäftigung und Wachstum beitragen. Nach der Schätzung einer Studie für das Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie

„beträgt der durchschnittliche Impuls auf die ostdeutsche Wirtschaft aber immerhin noch 0,8% des ostdeutschen BIP. Der isolierte jährliche Zuwachs im Niveau des BIP beträgt etwa 1% ohne die Berücksichtigung der langfristigen Wirkungen der Förderung in EU-Strukturfondsperiode von 2000-6. Die Erwerbstätigkeit dürfte in der aktuellen Förderperiode um jährlich 70.000 über der Basislösung liegen. Nach Abschluss der Förderperiode im Jahr 2016, unter Nutzung der n+2 Regel für die Umsetzung, liegt das BIP langfristig jährlich um 0,3% höher und die Beschäftigung ist jährlich um etwa 10.000 Erwerbstätige größer.“⁷

Nach dieser Studie haben die EU-Strukturfonds nur einen mäßigen positiven Beitrag zur Konvergenz der ostdeutschen Pro-Kopf-Einkommen an das deutsche und europäische Niveau geleistet. Nach der deutschen Wiedervereinigung wurde die wirtschaftliche und soziale Struktur in Ostdeutschland umgestaltet. Infrastruktur wurde aufgebaut, eine wirtschaftliche Erneuerung hat stattgefunden und Umweltschäden wurden verringert. Trotz der erreichten Erfolge ist das Hauptproblem, dass Ostdeutschland bei der Wirtschaftsleistung und der gesamtwirtschaftlichen Produktivität in der aktuellen Förderperiode 2007-2013 noch unter dem westdeutschen und europäischen Durchschnitt liegt. Gemäß der Modellrechnungen des Typs Hermin schreitet der Konvergenzprozess langsam voran und es wird noch lange dauern, bis die erwirtschafteten Pro-Kopf-Einkommen in Ostdeutschland das westdeutsche oder europäische Niveau erreichen

6 Europäische Kommission, Generaldirektion Regionalpolitik - Inforegio: Europäische Kohäsionspolitik in Deutschland 2007-2013. http://ec.europa.eu/regional_policy/atlas2007/germany/index_de.htm. Abgerufen am 11. Juli 2012.

7 Gesellschaft für Finanz- und Regionalanalysen GbR (2010): S. 333.

werden. Die Ergebnisse der verschiedenen Untersuchungen zeigen, dass mit dem Ende der Förderperiode von 2007 bis 2013 der Konvergenzprozess nicht beendet sein wird.⁸ Die Strukturprobleme in Ostdeutschland, wie geringer Wertschöpfungsanteil der innovativen Industrie im Vergleich zu Westdeutschland, die chronische Unterbeschäftigung, die schrumpfende Bevölkerung und der Mangel der innovativen Unternehmen sollte in Zukunft mit zielorientierten Förderungen begegnet werden.⁹ Deshalb wäre es notwendig, die Kreditmöglichkeiten für kleine und mittlere Unternehmen zu verbessern. Die Wachstumszentren, die mit Forschung und Innovationstätigkeiten verbunden sind, sollten durch EU-Förderungen unterstützt werden. Die Regionalpolitik sollte umgestaltet werden, um die Mittel auf die Wachstumskerne zu konzentrieren. Es wäre auch wesentlich, die spezifischen Interessen der benachteiligten Regionen in der EU zu beachten. Der Abbau von hemmenden Regelungen, die Flexibilisierung und Liberalisierung rechtlicher Rahmenbedingungen und die Strukturreformen in den Bereichen des Bildungswesens sowie der Verwaltung sind notwendige Voraussetzungen, um ein nachhaltiges wirtschaftliches Wachstum in Ostdeutschland zu erreichen.¹⁰

2. Kohäsionspolitik in Ungarn im Zeitraum 2007-2013

Für den Programmplanungszeitraum 2007-2013 soll Ungarn 25,3 Milliarden Euro erhalten. Der ungarische Beitrag beläuft sich auf 4,4 Milliarden Euro. Die EU-Förderungen belaufen sich auf ungefähr 4% des BIP des Landes im selben Zeitraum. Von den sieben ungarischen Regionen fallen sechs unter das Konvergenzziel und eine, die zentralungarische Region, unter das Phasing-in-Ziel „Regionale Wettbewerbsfähigkeit und Beschäftigung“.

Die Ziele des Nationalen Strategischen Rahmenplans (NSRP) sind die Förderung eines nachhaltigen wirtschaftlichen Wachstums und die Schaffung von mehr Arbeitsplätzen.

Das nachhaltige Wirtschaftswachstum soll durch folgende spezifische Ziele erreicht werden:

8 Ebd.: S. 334.

9 Dohnanyi, Klaus von (2004): Das Problem Ostdeutschland. Die Erfahrungen des „Gesprächekreises Ost“. In: Wirtschaftsdienst, Heft 10. 2004. S. 611-614.

10 Ragnitz, Joachim (2004): Für mehr Ehrlichkeit beim Aufbau Ost. In: Wirtschaftsdienst, Heft 10. 2004. S. 620-624

- Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit durch die Stärkung der wissensbasierten Wirtschaft;
- Erweiterung der wirtschaftlichen Grundlagen und
- Verbesserung der Rahmenbedingungen für die Unternehmen.¹¹

Mehr Beschäftigung soll durch folgende spezifische Ziele erreicht werden:

- die Verbesserung der Beschäftigungsfähigkeit und der Aktivität des Einzelnen auf dem Arbeitsmarkt;
- die Belebung der Nachfrage von Arbeitskräften durch die Schaffung von Arbeitsplätzen;
- die Entwicklung eines Arbeitsmarktumfeldes für ein ausgewogenes Verhältnis zwischen Angebot und Nachfrage.¹²

Das langfristige Ziel des Neuen Ungarischen Entwicklungsplans für 2007-2013 ist zur Modernisierung der Wirtschaft und zur Konvergenz des Landes zum EU-Durchschnitt beizutragen. In Ungarn ist das Kernproblem das niedrige Beschäftigungsniveau (56% der erwerbsfähigen Bevölkerung). Nach dem Regimewechsel ist die Zahl der Beschäftigten kaum gestiegen. Das Wirtschaftswachstum kann allein mit der Erhöhung der Produktivität erklärt werden. Um ein schnelles wirtschaftliches Wachstum zu erreichen, wäre es notwendig, Forschung und Innovation zu unterstützen und wettbewerbsfähige Produkte herzustellen. Kurzfristig soll auch die Balance des Haushalts gesichert werden. Nach 2006 wurden Sparmaßnahmen durch die Konvergenzprogramme eingeführt, um das hohe Defizit (10% des BIP in 2006) und die Staatsverschuldung (80% des BIP in 2011) abzubauen.¹³

Im Programmplanungszeitraum 2007-2013 soll sich Ungarn auf die Ziele der Lissabon-Strategie konzentrieren, um ein nachhaltiges Wachstum zu erreichen und die Wettbewerbsfähigkeit des Landes zu verbessern. Die finanziellen Unterstützungen, die den Zielen der Lissabon-Strategie dienen, sind deutlich gewachsen. In Regionen, die zwischen 2007

11 Europäische Kommission, Generaldirektion Regionalpolitik: Kohäsionspolitik in Ungarn, 2007-2013. http://ec.europa.eu/regional_policy/atlas2007/hungary/index_de.htm. Abgerufen am 12. Juli 2012.

12 Ebd.

13 Kengyel, Ákos (2008): Kohézió és finanszírozás (Kohäsion und Finanzierung), Budapest, Akadémiai Kiadó, S.237.

und 2013 zur Kategorie „Regionale Wettbewerbsfähigkeit und Beschäftigung“ gehören, werden 82% der EU-Förderungen den Zielen der Lissabon-Strategie gewidmet.

Der Entwicklungsplan soll die horizontalen Politikfelder wie Nachhaltigkeit und Kohäsion berücksichtigen. Der Neue Ungarische Entwicklungsplan strebt die Verstärkung der verschiedenen Wachstumszentren, die Verbesserung des öffentlichen Dienstes und die Entwicklung des Tourismus an.¹⁴

Der Neue Ungarische Entwicklungsplan besteht aus 15 Operationellen Programmen. In der Förderperiode 2007-2013 wurden acht sektorale und sieben regionale Programme von der Europäischen Kommission angenommen, von denen zwei aus dem Europäischen Sozialfonds (ESF) und 13 aus dem Europäischen Fonds für Regionale Entwicklung (ERFE) und dem Kohäsionsfonds (KF) kofinanziert werden.

Ein positives Element ist, dass in der Förderperiode 2007-2013 alle ungarischen Regionen über eigene Operationelle Programme verfügen. Es ist wichtig zu feststellen, dass das regionale Operationelle Programm „Mittelungarn“ von den anderen Programmen abweicht, weil Mittelungarn in der Förderperiode 2007-2013 zur Kategorie „Regionale Wettbewerbsfähigkeit und Beschäftigung“ gehört.

Im Vergleich zu der vorangegangenen Periode sind die Ziele des Neuen Ungarischen Entwicklungsplans 2007-2013 reichhaltiger und deutlicher geworden. Die allgemeinen und konkreten Ziele wurden besser separiert. Der Mangel des Entwicklungsplans ist, dass er keine Abbildung der Zielstruktur enthält. Diese wäre notwendig, um die Strategie noch deutlicher und transparenter zu machen.¹⁵

Der Neue Ungarische Entwicklungsplan hat gemäß von Studien positive Effekte sowohl auf der Ebene der Investitionen, Forschung und Innovation, als auch in den Bereichen der Humanressourcen und des Arbeitsmarkts. Die Operationellen Programme werden zu einem zusätzlichen Wachstum 0,3 und 0,4% jährlich beitragen.¹⁶ Es wird erwartet, dass die Wertschöpfung der Unternehmen um über 10% bis 2015 und die Beschäftigung im nicht-

14 Ebd.: S. 238.

15 Ebd.: S. 239-240.

16 Wandel, Cordula (2010): Industry Agglomerations and Regional Development in Hungary. Economic Processes during European Integration, Peter Lang Verlag, Band 42, S. 237.

öffentlichen Bereich um 4% bis 2015 ansteigen soll. In der Förderperiode 2007-2013 sollen die Ausgaben um 10% gesteigert werden, um die Ziele der Lissabon-Strategie zu verwirklichen.¹⁷

In der Förderperiode 2007-2013 konnten bei der Umsetzung der Operationellen Programme folgende Probleme beobachtet werden:

- Das Prinzip der Partnerschaft konnte nicht effizient angewendet werden, weil Schwierigkeiten in der Kooperation der Verwaltung und Zivilgesellschaft aufgetreten sind.
- Bei der Kofinanzierung von Projekten kann der Geldmangel die Verwirklichung des Programms verhindern. In Ungarn ist das Kernproblem, dass die Adressaten der Förderung das Geld der notwendigen Eigenbeteiligung nicht beitragen können. Wegen Liquiditätsproblemen können die finanziellen Bedingungen, die für die Umsetzung der Projekte notwendig sind, oft nicht erfüllt werden. Während der Wirtschaftskrise 2009 hatten die Banken die Kreditvergabe an Unternehmen und Privatpersonen noch weiter eingeschränkt. Diese Umstände erschweren die erfolgreiche Verwirklichung der verschiedenen Projekte.
- Wegen der Komplexität des Anwendungsprozesses, glaubten viele potentielle Adressaten, dass sie die strengen Bedingungen und Kriterien nicht erfüllen könnten. In diesem Bereich wäre es notwendig, die überflüssige Bürokratie und administrative Kosten abzubauen.
- Der Mangel der entsprechenden Informationen über die EU-Förderungen kann die erfolgreiche Durchführung der Programme behindern. Es ist oft geschehen, dass Förderkandidaten falsche Antragsdokumente ausgefüllt haben und anschließend die Hilfe professioneller Agenturen in Anspruch nehmen mussten. Deshalb wäre es wichtig, die entsprechenden Informationen an die förderungswürdigen Kandidaten zu verteilen.
- In der vorangegangenen Förderperiode wurden die EU-Förderungen überwiegend für Mittelungarn und Budapest gegeben, während andere rückständigen Regionen weniger

17 Ebd.: S. 237.

finanzielle Unterstützung bekommen hatten. Dabei gab es die Gefahr, dass die regionalen Entwicklungsunterschiede zwischen den ungarischen Regionen noch weiter steigern werden.¹⁸

Ein vermutlich besserer Ansatz wäre es, die EU-Förderungen nicht nur an verschiedenen Wachstumszentren wie Budapest, Debrecen, Győr und Pécs, sondern auch im Süden und im östlichen Teil des Landes zu verteilen, um den Aufholprozess dieser Regionen zu beschleunigen. Die Förderungen sollten spezifisch und konkret sein und die Interessen der ungarischen Regionen berücksichtigen.

Obwohl Ungarn bei der Umsetzung des Strukturfonds zwischen 2004 und 2010 eine relative gute Position erreichte (94,1% der EU-Förderungen wurden ausgezahlt), war es ein großes Problem, dass in dieser Periode nur 52,6% der Fördermittel des Kohäsionsfonds verwendet wurden. Die Mängel die bei der Umsetzung und Anwendung der verschiedenen EU-Förderungen wurden in einem offiziellen Bericht des Ungarischen Rechnungshofs veröffentlicht.¹⁹ Es gab Probleme mit der langsamen Umsetzung und mit der Kofinanzierung der verschiedenen Projekte. Es wäre notwendig, die Effizienz der Durchführung zu verbessern, damit die EU-Förderungen besser umgesetzt werden können.

3. Die Zukunft der Kohäsionspolitik im Rahmen der finanziellen Vorschau 2014-2020

Die Diskussion über die künftige Kohäsionspolitik hat schon 2007 begonnen. Die Reform der Kohäsionspolitik strebt eine allgemeine Überprüfung des EU-Haushalts an. Im September 2007 hat die Europäische Kommission diese Überprüfung mit einem Konsultationspapier „Den Haushalt reformieren, Europa verändern“ eröffnet. Bis Juni 2008 wurden mehr als 200 Stellungnahmen von Mitgliedstaaten, politischen Parteien, Verbänden, Interessensvertretern und

18 Kopasz, Krisztina u. Szigetvári, Tamás (2009): The Role of EU Cohesion policy in the Catching-Up Process of the New Member States between 2007 and 2013: A Case Study for Hungary, Europe-Kolleg Hamburg – Institut for European Integration, S. 45-47.

19 Számvevőszék, Állami (2010): Tájékoztató Az európai uniós támogatások 2009. évi felhasználásának ellenőrzéséről. (Bericht über die Kontrolle der Anwendung der EU-Förderungen 2009). <http://www.asz.hu/jelentes/1027/tajekoztato-az-europai-unios-tamogatások-2009-évi-felhasznalásának-ellenorzéséről/1027j000.pdf>. Abgerufen am 1 August 2012.

Vertretern der Zivilgesellschaft abgegeben.²⁰ Im Jahr 2009 wurde eine hochrangige Arbeitsgruppe zur Kohäsionspolitik eingerichtet, die als ein Forum von Sachverständigen fungierte und die Kommission bei der Entwicklung der künftigen Leitlinien der Kohäsionspolitik unterstützte.

Am 27. April 2009 wurde der Barca-Bericht von der Europäischen Kommission veröffentlicht, der Vorschläge zur Reform der künftigen Kohäsionspolitik enthielt. Der Bericht schlägt vor, dass in der Förderperiode 2014-2020 55-60% der EU-Förderungen auf vier Kernprioritäten angewendet werden sollen.²¹ Der Vertrag von Lissabon, der am 1. Dezember 2009 in Kraft getreten ist, enthält den territorialen Zusammenhalt als einen wichtigen Bestandteil der Kohäsionspolitik. Der territoriale Zusammenhalt als ein wichtiges Element der zukünftigen Kohäsionspolitik wurde von der Europa-2020-Strategie aufgenommen, deren Ziel die Erreichung eines intelligenten, nachhaltigen und integrativen Wachstums in der EU ist. Die Schwerpunktbereiche der EU-2020-Strategie sind die folgenden: Beschäftigung, Innovation und Forschung, Klimawandel, Bildung und Kampf gegen Armut. Die Kohäsionspolitik soll die entsprechenden Rahmenbedingungen liefern, um die Ziele der Europa-2020-Strategie zu erreichen.²²

Im November 2010 wurde der Fünfte Kohäsionsbericht von der Europäischen Kommission veröffentlicht, der die allgemeine Reform der Kohäsionspolitik enthält. Er beschäftigt sich mit besserer Konzentration der Ressourcen auf wenige Prioritäten, die im Zusammenhang mit der Europa-2020-Strategie verknüpft sind. Die Verstärkung der rechtlichen und institutionellen Rahmenbedingungen, die Konditionalität und Anreize, die Vereinfachung der Verwaltungsvorschriften und die bessere Konzentration auf die ärmsten Mitgliedstaaten und Regionen sind wesentliche Elemente des Fünften Kohäsionsberichts.²³

Im Juni 2011 verabschiedete die Kommission einen Vorschlag zum nächsten mehrjährigen Finanzrahmen für die Förderperiode 2014-2020. In diesem Vorschlag verweist die Kommission

20 Weidenfeld, Werner u. Wessels, Wolfgang (2009): Europa von A bis Z. Taschenbuch der europäischen Integration, Nomos, Institut für Europäische Politik: S. 328-329.

21 Wandel (2010): S. 246.

22 Europäische Kommission, Generaldirektion Regionalpolitik: Kohäsionspolitik und die Europa-2020-Strategie. http://ec.europa.eu/regional_policy/what/europe2020/index_de.cfm. Abgerufen am 12. Juli 2012.

23 Europäische Kommission, Generaldirektion Regionalpolitik: Kohäsionspolitik der Zukunft. http://ec.europa.eu/regional_policy/what/future/index_de.cfm. Abgerufen am 12. Juli 2012.

auf die zentrale Rolle der Kohäsionspolitik bei der Umsetzung der Europa-2020-Strategie. Wichtige Veränderungen werden in der künftigen Förderperiode durch die Gestaltung und Umsetzung der Kohäsionspolitik eingeführt. Die wesentlichen Elemente sind die folgenden:

- Das Budget für die Kohäsionspolitik soll auf 376 Milliarden Euro anwachsen. Davon sollen 40 Milliarden Euro in den neuen Infrastrukturfonds „Connecting Europe“ fließen. Dieser soll grenzübergreifende Projekte in den Bereichen Energie, Verkehr und Informationstechnologie fördern. Für die einheitliche Kohäsionspolitik, die durch die Europäische Kommission, Mitgliedstaaten und Regionen gemeinsam durchgeführt wird, sind 336 Milliarden Euro verfügbar, 19 Milliarden Euro (5,3%) weniger als in der vorgängigen Förderperiode.
- Eine wichtige Neuerung ist, dass die Zuteilung für die weniger entwickelten Mitgliedstaaten auf 2,5% ihres Bruttoinlandsprodukts begrenzt werden soll. Der Hauptgrund ist, dass die neuen Mitgliedstaaten der EU den finanziellen Transfer nicht sinnvoll absorbieren können. (Der Schwellenwert in der Förderperiode 2007-2013 war 3,79%).
- Bei der Verteilung der Finanzmittel der Kohäsionspolitik wird eine Balance zwischen den „alten“ und den „neuen“ Mitgliedstaaten angestrebt.
- Künftig sollen die Operationellen Programme auf wenige, mit der EU-2020-Strategie verknüpfte Förderthemen beschränkt werden.
- Die Rolle der Leistungs- und Ergebniskontrolle wird verstärkt. Indikatoren (Messgrößen) werden eingeführt, um die Erreichung der Ziele zu überwachen. Zudem will die Europäische Kommission 5% der Fördermittel zurückhalten. Neue Bedingungen sollen durch die Kommission für die Auszahlung der Fördermittel eingeführt werden. Der Grund ist, dass die Mitgliedstaaten und Regionen für eine Auszahlung von Fördermitteln ein stabiles makro-wirtschaftliches Umfeld und die Umsetzung von Reformen und EU-Recht garantieren sollen.
- Eine Kategorie von Übergangsregionen wurde von der Kommission vorgeschlagen, damit auch noch die alten Mitgliedstaaten von den EU-Förderungen profitieren

können.²⁴

Die intensiven Konsultationen und Beratungen über die Vorschläge der Europäischen Kommission haben in 2012 begonnen. Im Laufe des Jahres 2013 entscheidet der Europäische Rat über den Finanzrahmen und die Ausgestaltung der Regionalpolitik. Dann bleibt zu hoffen, dass das Europäische Parlament die Entscheidungen des Rates Ende 2013 entgegen nehmen wird. Es wird erwartet, dass das EP nur einige, aber keine wesentlichen Veränderungen vornimmt.

4. Der Standpunkt der Bundesregierung und Ungarns im Bereich der künftigen Kohäsionspolitik

Hinsichtlich der Veröffentlichung des Fünften Kohäsionsberichts vom November 2010 und der finanziellen Ausstattung der Kohäsionspolitik ab 2014 sollen im Folgenden die Standpunkte Deutschlands und Ungarns bewertet werden.

Die deutsche Bundesregierung sowie die Regierungen der Bundesländer haben ihre gemeinsame Stellungnahme zum Fünften Kohäsionsbericht der EU Kommission im November 2010 abgegeben. Die Position der Bundesregierung ist die folgende:

- Die Bundesregierung unterstützt, dass die Kohäsionspolitik in der künftigen Förderperiode noch stärker und thematisch auf die Europa-2020-Strategie ausgerichtet wird. Die Kohäsionspolitik solle zu Wachstum und Wohlstand in der gesamten EU beitragen, um die wirtschaftlichen und sozialen Unterschiede zu verringern. Es sei auch wesentlich, die Besonderheiten der föderalen Mitgliedstaaten der EU zu berücksichtigen. In der Auswahl der Förderthemen müsse sich das ursprüngliche Ziel der Kohäsionspolitik

²⁴ Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie (2011): Monatsbericht 09-2011 - Ausgestaltung der künftigen Kohäsionspolitik. <http://www.bmwi.de/DE/Mediathek/online-magazin.html>. Abgerufen am 16. Juli 2012.

widerspiegeln, um die regionalen Entwicklungsunterschiede zu reduzieren. Die Mitgliedstaaten, die Wettbewerbsschwächen haben, müssten ihre Mittel noch gezielter in die Stärkung ihrer Wettbewerbsfähigkeit investieren.²⁵

- Die Begrenzung der Zuteilung des BIP auf 2,5% für die weniger entwickelten Mitgliedstaaten sei im Einklang mit den Interessen des größten Nettozahlers der EU.
- Ein allgemeines Ziel sollte die Begrenzung der Ausgaben auf ein Prozent des Bruttonationaleinkommens der EU sein. Das entspricht 972 Milliarden Euro. Für den gesamten mehrjährigen Finanzrahmen der EU sollte eine Kürzung von etwa 110 Milliarden Euro erreicht werden. Deshalb schlägt die Bundesregierung die Überprüfung des EU-Haushalts vor. Aber das kann nur durch Umschichtungen zwischen den Förderprioritäten und Politikbereichen ermöglicht werden, um starke Einschnitte in den Strukturfonds zu vermeiden.²⁶ Diese Konzeption wird nicht nur von Deutschland sondern auch von anderen Nettozahlern unterstützt.
- Die Schaffung einer generellen Kategorie von „Übergangsregionen“, in denen das BIP zwischen 75% und 90% des EU-Durchschnitts liegt, wird von der Bundesregierung abgelehnt. Das Problem ist, dass in der künftigen Förderperiode die EU-Förderungen deutlich verringert und die ostdeutschen Länder nicht mehr in die Förderkategorie „Regionales Wachstum und Beschäftigung“ eingestuft werden. Deshalb fordert die Bundesregierung eine angemessene Übergangsregelung und ein Schutznetz, um radikale Einschnitten bei der EU-Förderung zu vermeiden.²⁷ Die bisherigen zum Ziel der „Regionalen Wettbewerbsfähigkeit und Beschäftigung“ gehörenden Regionen müssen aus dem Strukturfonds gefördert werden. Es wäre notwendig, eine degressive Übergangsregel in Regionen einzuleiten, die derzeit im Ziel „Konvergenz“ förderfähig sind, so der Vorschlag der Bundesregierung.²⁸
- Die Mittel der Kohäsionspolitik sollten im Hinblick auf Konditionalität und Qualität noch

25 Ebd.

26 Becker, Peter u. Rudloff, Bettina (2011): Hohe Ausgaben bedürften neuer Legitimation - Die Gemeinsame Agrarpolitik und die Kohäsionspolitik. In: Annegret Bendiek / Barbara Lippert / Daniela Schwarzer (Hrsg.) Entwicklungsperspektiven der EU. Herausforderungen für die deutsche Europapolitik. SWP-Studie Stiftung Wissenschaft und Politik Deutsches Institut für Internationale Politik und Sicherheit. Juli 2011. Berlin.

27 Ebd.: S. 58.

28 Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie (2011): Stellungnahme der Bundesregierung zu den Schlussfolgerungen des Fünften Berichts der Europäischen Kommission zum wirtschaftlichen, sozialen und territorialen Zusammenhalt: Die Zukunft der Kohäsionspolitik, S. 3.

effizienter verwendet werden. Die Verstärkung der Leistungs- und Ergebnisorientierung der Förderung spiele eine wichtige Rolle, damit eine effiziente Kohäsionspolitik erreicht werden könne. Die Leistungsfähigkeit der Förderprogramme sollte über Anreize statt Sanktionen gesteigert werden. Deshalb sollte die Leistungsfähigkeit der Operationellen Programme anhand vorab vereinbarter, fondspezifischer Zielvorgaben und eines geeigneten Sets von Kernindikatoren kontrolliert werden.²⁹

- Die Möglichkeiten der Kreuzfinanzierung müssten erleichtert werden. Bei den EU Fördermitteln sei es notwendig, den Verwaltungsaufwand zu reduzieren und überflüssige Bürokratie abzubauen. Deshalb sollten die Förderfähigkeitsregeln auf nationaler Ebene festgelegt werden. Die Anwendung der N+2 Regel wird von der Bundesregierung unterstützt, mit einzigen Ausnahme des ersten Jahres, in dem die N+3 Regel zur Anwendung kommen solle.³⁰
- Der Europäische Sozialfonds (ESF) und die Europäische Territoriale Zusammenarbeit (ETZ) sollten nach Meinung der Bundesregierung auch weiterhin Bestandteile der Kohäsionspolitik bleiben.

Die ungarische Regierung hat ihre offizielle Position über die künftige Kohäsionspolitik 2011 veröffentlicht. Die wesentlichen Elemente des ungarischen Standpunkts sind die folgenden:

- Der Vorschlag der Europäischen Kommission, der eine Verringerung der Förderungen um 5,3 % vorsieht, könne nicht akzeptiert werden. Die Umstellung der Ziele im Rahmen der Kohäsionspolitik habe die Folge, dass die Allokation der finanziellen Unterstützung für Ungarn noch verringert werde. Die Entziehung der EU-Förderungen von den benachteiligten Konvergenzregionen widerspräche den Interessen des Landes.
- Die Errichtung einer allgemeinen Kategorie von „Übergangsregionen“, in denen der Entwicklungsstand zwischen 75% und 90% des EU-BIP pro Kopf liegt, wird von Ungarn abgelehnt. Da Ungarn keine solche Region hat, die zu dieser Kategorie gehört, könnte diese Lösung die Position des Landes verschlechtern.

29 Ebd.: S. 7-9.

30 Ebd.: S. 15.

- Für Ungarn wäre es ungünstig, die Obergrenze der Zuteilungen auf 2,5% des jeweiligen Bruttoinlandsprodukts zu verringern. Die Festsetzung des Schellenwertes könne nicht mit der in der vorherigen Förderperiode beobachteten mangelnden Absorptionskapazität der EU-Mitgliedstaaten erklärt werden. Die ungarische Regierung könne eine Verringerung der EU-Förderungen nicht akzeptieren, weil das Land im Vergleich zur anderen Mitgliedstaaten eine gute Absorptionskapazität habe. Der Vorschlag der Kommission legt fest, dass laut des Entwicklungsniveaus die Förderungen der benachteiligten Regionen zu den entwickelten verweisen werden. Diese Lösung könne nicht zur besseren finanziellen Ausstattung beitragen und verstärke die Entwicklungsunterschiede zwischen den Mitgliedstaaten weiter.
- Die ungarische Regierung ist damit einverstanden, dass ein „Schutznetz“ für die rückständigen Regionen eingeführt werden müsse. Das Niveau dieser Kategorie solle so bestimmt werden, dass auch die Baltischen Staaten die EU-Förderungen empfangen könnten.³¹
- Das derzeitige System der Kofinanzierung solle beibehalten werden..
- Das Prinzip der Flexibilität der Mitgliedstaaten wird von der ungarischen Regierung unterstützt, um die klare Bestimmung des Minimumlimits für die jeweiligen Kategorien der Regionen zu vermeiden. Im Zusammenhang mit dem Prinzip der Flexibilität wäre ein verbindliches Verhältnis für die Anwendung des Europäischen Sozialfonds ungünstig für das Land.
- Ungarn ist damit einverstanden, dass die Förderungen durch die Prioritäten der Europa-2020-Strategie ausgestaltet werden sollen. Im Bereich des ERFE und des ESF wäre es zweckmäßig, die Bedingungen der thematischen Konzentration bei jenen Mitgliedstaaten zu vereinfachen. Die Verengung der thematischen Konzentration des ESF und ERFE werden von Ungarn weder für die entwickelten noch für die Konvergenzregionen unterstützt.
- Gemäß den Regelungen der Kohäsionspolitik wird die Allokation der verschiedenen eingestufteten Regionen nur zur thematischen verbündeten Zielsetzungen höchstens 2%

31 Ungarische Regierung (Hrsg.): Többéves pénzügyi keret – versenyképesség és szolidaritás (Finanzrahmen der Jahre 2014-2020: Wettbewerbsfähigkeit und Solidarität). Website der ungarischen Regierung zur EU-Politik. <http://eu.kormany.hu/tobbeves-penzugyi-keret-2014-2020> Abgerufen am 18. Juli 2012.

umlagert. Dieser Wert solle aber mindestens 5% betragen, damit die rückständigen Regionen in Mittelungarn entsprechende Förderungen empfangen könnten.

- Die Konditionalitäten sollten von Mitgliedstaaten und der EU gemeinsam bestimmt werden, um sowohl den Zusammenhang mit den Zielen der EU als auch mit den nationalen Entwicklungskonzeptionen zu versichern. Die ex-ante Konditionalität solle der Wirksamkeit der Kohäsionspolitik dienen und ihre Bewertung sollte objektiv sein.
- Da die Europäische Kommission keinen entsprechenden Vorschlag für die Region Mittelungarn ausgearbeitet hat, wäre es eine wichtige Priorität eine „Sonderbehandlung“ für diese Region zu schaffen. Wenn man keine spezifische „Sonderbehandlung“ erreichen könne, werde die Region Mittelungarn zwischen 2014 und 2020 nur 100 Mio. Euro erhalten. Diese Lösung könne nicht von der Regierung akzeptiert werden, weil dadurch der Konvergenzprozess der Region verhindert werde.
- Die Kommission schlägt vor, dass 5% der Allokation der gesamten Mitgliedstaaten in einer leistungsgebundenen Reserve verbleiben sollen. Wegen vermuteter mangelnder Kapazitäten der Kommission und der entsprechenden Methodologie wird dieser Vorschlag von der ungarischen Regierung nicht unterstützt.³²

Im Bereich der Kohäsionspolitik kann man einen großen Interessenkonflikt zwischen den alten und den neuen Mitgliedstaaten erwarten. Die neuen Mitgliedstaaten lehnen die Obergrenze für ihre Zuteilungen auf 2,5% des jeweiligen Bruttoinlandsprodukts ab und verlangen einen höheren Schwellenwert. Die Nettoempfänger behaupten, dass die Kohäsionspolitik in den letzten zwanzig Jahren eine wichtige Rolle im Aufholprozess der rückständigen Regionen gespielt habe. Nach Einschätzung der Europäischen Kommission waren die Mittel der Kohäsionspolitik erfolgreich, weil 2,4 Millionen neue Arbeitsplätze in den Mitgliedstaaten geschaffen wurden. Die Kohäsionspolitik, als ein Bestandteil des künftigen Finanzrahmens 2014-2020, soll nach dem Willen der Kommission umgestaltet und reformiert werden, um effizienter und transparenter zu werden. Die vorgesehenen Kürzungen der EU-Förderungen werden von den neuen EU-Mitgliedstaaten nicht akzeptiert. Um die gemeinsamen Interessen der Mitgliedstaaten zu

32 Ungarische Regierung (Hrsg.) A kohéziós politika jövőbeli működési és forrásfelhasználási keretei (Die Allokationsrahmen und Ausstattung der künftigen Kohäsionspolitik). Website der ungarischen Regierung zur EU-Politik. <http://eu.kormany.hu/a-kohezios-politika-jovobeli-mukodesi-es-forrasfelhasznalasi-keretei> Abgerufen am 18. Juli 2012.

vertreten, die vor allem von der Kohäsionspolitik profitieren, wurde eine gemeinsame Deklaration in Bukarest am 1. Juni 2012 abgegeben, die die Notwendigkeit und das Festhalten an der Kohäsionspolitik in der künftigen Förderperiode fordert.³³

Der höhere Schwellenwert widerspricht den Interessen der Nettozahler in der EU. Deutschland und die anderen Nettozahler möchten den EU-Haushalt reformieren und die Effektivität der Kohäsionspolitik durch Konditionalität und Qualität verbessern.

Die Schaffung der allgemeinen Kategorie der „Übergangsregionen“ wird von Deutschland und auch von Ungarn abgelehnt. Die Bundesregierung und Ungarn sind damit einverstanden, dass die Kohäsionspolitik in der künftigen Förderperiode mit der Europa-2020-Strategie verknüpft werden soll, um die Wettbewerbsfähigkeit der EU zu verbessern und ein nachhaltiges Wirtschaftswachstum zu erreichen. Die Kohäsionspolitik soll nach den Vorstellungen beider Länder zu Wachstum und Wohlstand in der gesamten EU beitragen und die territorialen und regionalen Entwicklungsunterschiede zwischen den Mitgliedstaaten verringern. Deshalb solle die Kohäsionspolitik ein wesentliches Element des künftigen Finanzrahmens 2014-2020 bleiben.

Schlussfolgerungen

Mit der östlichen Erweiterung, die 2004 und 2007 stattfand, sind die territorialen Entwicklungsunterschiede in der EU deutlich gewachsen. Das Kernproblem war, dass die Länder in Mittel- und Osteuropa nicht nur niedrige Pro-Kopf-Einkommen im Vergleich zur EU 15 haben, sondern auch eine mangelnde Infrastrukturausstattung, schwache Wettbewerbsfähigkeit und Wirtschaftsstrukturaufwiesen. Die Osterweiterung hat die Bedeutung der Kohäsionspolitik noch verstärkt. In der Förderperiode 2007-2013 wurden die Instrumente und Ziele der Kohäsionspolitik vereinfacht und mit der Lissabon-Strategie verknüpft, um ein nachhaltiges Wirtschaftswachstum zu erreichen.

³³ Folgende 15 Mitgliedstaaten haben die gemeinsame Deklaration unterzeichnet: Bulgarien, Tschechische Republik, Estland, Griechenland, Ungarn, Lettland, Litauen, Malta, Polen, Portugal, Rumänien, die Slowakei, Slowenien und Spanien. Es ist wichtig festzustellen, dass diese Deklaration eine offizielle Stellungnahme jener 15 Mitgliedstaaten ist, die an der Beibehaltung der Kohäsionspolitik für den Programmplanungszeitraum 2014-2020 interessiert sind.

Die verschiedenen Schätzungen der Studien im Auftrag der Bundesregierung der ungarischen Regierung verweisen darauf, dass der Aufholprozess in Ostdeutschland und in Ungarn langsam voranschreitet, und es noch lange dauern wird, bis die erwirtschafteten Pro-Kopf-Einkommen in Ostdeutschland und in Ungarn das europäische Durchschnittsniveau erreichen werden. Es kann festgestellt werden, dass mit dem Ende der Förderperiode von 2007 bis 2013 die Realkonvergenz in den rückständigen ostdeutschen und ungarischen Regionen nicht beendet ist. Die Umsetzung der wesentlichen Strukturreformen, die Vereinfachung der Regelungen und der Abbau der unnötigen Bürokratie sind wichtige Voraussetzungen, um die EU-Förderungen besser nutzen zu können.

In der künftigen Förderperiode 2014-2020 soll die Kohäsionspolitik zur Erreichung der Ziele der Europa-2020-Strategie beitragen, um ein nachhaltiges Wachstum in der EU zu schaffen. Deutschland und Ungarn sind damit einverstanden, dass die Kohäsionspolitik der Verringerung der sozialen und wirtschaftlichen Unterschiede zwischen den Mitgliedstaaten dienen soll. Die leistungsgebundene Reserve auf Europäischer Ebene und die Schaffung einer generellen Kategorie von „Übergangsregionen“ werden von beiden Mitgliedstaaten abgelehnt.

Eine wichtige Differenz ist, dass Deutschland die Begrenzung der Zuteilung des BIP auf 2,5% für die weniger entwickelten Mitgliedstaaten unterstützt. Die Bundesregierung ist interessiert an der Begrenzung des Volumens des künftigen Finanzrahmens. Ungarn und die andere Nettoempfänger der EU lehnen jene Vorschläge ab, die das Volumen des Finanzrahmens einfrieren und die EU-Förderungen reduzieren möchten. Laut dem Vorschlag der Europäischen Kommission wird Ungarn in der künftigen Förderperiode um etwa 30 Prozent weniger finanzielle Unterstützung aus dem Kohäsionsfonds bekommen, weil die Nettozahler der EU ihren Beitrag zu dem EU-Budget reduzieren möchten. Dieser Vorschlag widerspricht den Interessen der wenig entwickelten Mittel- und Osteuropäischen Mitgliedstaaten der EU und auch dem Prinzip der Solidarität, die im Lissaboner Vertrag als ein Grundwert verankert wurde.

Es ist zu erwarten, dass in diesem Punkt eine scharfe Diskussion zwischen den Nettozahlern und Nettoempfängern der EU-Mitgliedstaaten stattfinden wird.

Literatur- und Quellenverzeichnis

Becker, Peter u. Rudloff, Bettina: Hohe Ausgaben bedürften neuer Legitimation: Die Gemeinsame Agrarpolitik und die Kohäsionspolitik. In: Annegret Bendiek / Barbara Lippert / Daniela Schwarzer (Hrsg.) Entwicklungsperspektiven der EU. Herausforderungen für die deutsche Europapolitik. SWP-Studie Stiftung Wissenschaft und Politik Deutsches Institut für Internationale Politik und Sicherheit. Juli 2011. Berlin.

Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie (2011): Monatsbericht 09-2011 - Ausgestaltung der künftigen Kohäsionspolitik. <http://www.bmwi.de/DE/Mediathek/online-magazin.html>. Abgerufen am 16. Juli 2012.

Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie (2011): Stellungnahme der Bundesregierung zu den Schlussfolgerungen des Fünften Berichts der Europäischen Kommission zum wirtschaftlichen, sozialen und territorialen Zusammenhalt: Die Zukunft der Kohäsionspolitik, Oktober 2011. S. 1-18.

Dohnanyi, Klaus von (2004): Das Problem Ostdeutschland. Die Erfahrungen des „Gesprächskreises Ost“. In: Wirtschaftsdienst, Heft 10. 2004. S. 611-614.

Eltges, Markus u. Lackmann, Gregor (2007): Europa findet Stadt – die städtische Dimension in der EU-Strukturpolitik. In: Raumforschung und Raumordnung, Heft 4/2007. S. 327-337.

Europäische Kommission, Generaldirektion Regionalpolitik – Inforegio: Europäische Kohäsionspolitik in Deutschland 2007-2013, http://ec.europa.eu/regional_policy/atlas2007/germany/index_de.htm. Abgerufen am 11. Juli 2012.

Europäische Kommission, Generaldirektion Regionalpolitik – Inforegio: Kohäsionspolitik der Zukunft. http://ec.europa.eu/regional_policy/what/future/index_de.cfm. Abgerufen am 12. Juli 2012.

Europäische Kommission, Generaldirektion Regionalpolitik – Inforegio: National Strategic Reference Framework. http://ec.europa.eu/regional_policy/atlas2007/germany/index_de.htm. Abgerufen am 11. Juli 2012.

Europäische Kommission, Generaldirektion Regionalpolitik – Inforegio: Kohäsionspolitik und die Europa-2020-Strategie. http://ec.europa.eu/regional_policy/what/europe2020/index_de.cfm. Abgerufen am 12. Juli 2012.

Europäische Kommission, Generaldirektion Regionalpolitik: Kurzzusammenfassungen der Programme. Regionale Entwicklungsprogramme 2007-2013. In: http://ec.europa.eu/regional_policy/country/prordn/search.cfm?gv_pay=HU&gv_reg=ALL&gv_obj=ALL&gv_the=ALL&lan=DE&gv_per=2 Abgerufen am 12. Juli 2012.

Europäische Kommission, Generaldirektion Regionalpolitik: Kohäsionspolitik in Ungarn, 2007-2013. http://ec.europa.eu/regional_policy/atlas2007/hungary/index_de.htm Abgerufen am 12. Juli 2012.

Gesellschaft für Finanz- und Regionalanalysen (GEFRA) GbR (2010): Anforderungen und Handlungsoptionen für den Einsatz der europäischen Strukturpolitik in den Jahren 2014-2020 in den neuen Bundesländern einschließlich Berlin. Studie im Auftrag des Bundesministeriums für Wirtschaft und Technologie - Endbericht, Juni 2010.

Kengyel, Ákos (2008): Kohézió és finanszírozás (Kohäsion und Finanzierung), Akadémiai Kiadó, Budapest.

Kopasz, Krisztina u. Szigetvári, Tamás (2009): The Role of EU Cohesion policy in the Catching-Up Process of the New Member States between 2007 and 2013: A Case Study for Hungary, Europe-Kolleg Hamburg – Institut for European Integration.

Ragnitz, Joachim: Für mehr Ehrlichkeit beim Aufbau Ost. In: Wirtschaftsdienst, Heft 10. 2004. S. 620-624.

Számvevőszék, Állami (2010): Tájékoztató Az európai uniós támogatások 2009. évi felhasználásának ellenőrzéséről. (Bericht über die Kontrolle der Anwendung der EU-Förderungen 2009). <http://www.asz.hu/jelentes/1027/tajekoztato-az-europai-unios-tamogatasok-2009-evi-felhasznalasanak-ellenorzeserol/1027j000.pdf>. Abgerufen am 1 August 2012

Ungarische Regierung (Hrsg.): Többéves pénzügyi keret – versenyképesség és szolidaritás (Finanzrahmen der Jahre 2014-2020: Wettbewerbsfähigkeit und Solidarität). Website der

ungarischen Regierung zur EU-Politik. <http://eu.kormany.hu/tobbeves-penzugyi-keret-2014-2020>. Abgerufen am 18. Juli 2012.

Ungarische Regierung (Hrsg.): Die Allokationsrahmen und Ausstattung der künftigen Kohäsionspolitik. Website der ungarischen Regierung zur EU-Politik. <http://eu.kormany.hu/a-kohezios-politika-jovobeli-mukodesi-es-forrasfelhasznalasi-keretei>. Abgerufen am 18. Juli 2012.

Wandel, Cordula (2010): Industry Agglomerations and Regional Development in Hungary. Economic Processes during European Integration, Peter Lang Verlag, Band 42.

Weidenfeld, Werner u. Wessels, Wolfgang (2009): Europa von A bis Z. Taschenbuch der europäischen Integration, Nomos, Institut für Europäische Politik.

ANHANG

Tabelle 1: Earmarking bei den Zielen „Konvergenz“ und „Regionale Wettbewerbsfähigkeit und Beschäftigung“

Earmarking 2007-2013				Zum Vergleich 2000-2006
Land/Ziel	ERFE	ESF	Summe	Summe
Ziel Konvergenz			71%	70%
Brandenburg	60%	96%	71%	
Mecklenburg-Vorpommern	50%	96%	62%	
Sachsen	45%	96%	56%	
Sachsen-Anhalt	60%	96%	69%	
Thüringen	63%	96%	73%	
Niedersachsen (nur Lüneburg)	60%	96%	69%	
Bundesprogram ESF		96%	96%	
Bundesprogram Verkehr	100%		100%	
Ziel Regionale Wettbewerbsfähigkeit und Beschäftigung			81%	81%
Schleswig-Holstein	67%	96%	73%	
Hamburg	54%	96%	84%	
Niedersachsen (ohne Lüneburg)	64%	96%	73%	

Bremen	68%	96%	79%	
Nordrhein-Westfalen	75%	96%	82%	
Hessen	71%	96%	81%	
Rheinland-Pfalz	75%	96%	82%	
Baden-Württemberg	71%	96%	87%	
Bayern	57%	96%	71%	
Saarland	57%	96%	69%	
Berlin	62%	96%	71%	
Bundesprogramm ESF		96%	96%	

Quelle: Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie. Nationaler Strategischer Rahmenplan für den Einsatz der EU-Strukturfonds in der Bundesrepublik Deutschland 2007-2013.

Tabelle 2. Verteilung der Strukturfondsmittel nach Konvergenzregionen (ohne Bundesprogramme, in laufenden Preisen)

Bundesland	Gesamt	Konvergenz	Phasing-Out
Brandenburg	2.118.982.203	1.107.445.977	1.011.536.226
Mecklenburg-Vorpommern	1.669.893.853	1.669893.853	0
Sachsen	3.962.999.620	3.089.170.560	873.829.060
Sachsen-Anhalt	2.575.723.005	1.802.648.802	773.074.203
Sachsen-Anhalt	2.106.697.012	2.106.697.012	0
Thüringen			
Niedersachsen (nur Region Lüneburg)	799.010.942	0	799.010.942

Quelle: Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie. Nationaler Strategischer Rahmenplan für den Einsatz der EU-Strukturfonds in der Bundesrepublik Deutschland 2007-2013.

Tabelle 3. Das Budget des Neuen Ungarischen Entwicklungsplans (ausgestattet mit 15% nationaler Kofinanzierung)

Prioritäten	Operationelle Programme	Quellen (Milliarden Forint)
Wirtschaftliche Entwicklung	Operationelles Programm „wirtschaftliche Entwicklung“	690,0
Verkehrsentwicklung	Operationelles Programm „Verkehr“	1703,2
Soziale Erneuerung	Operationelles Programm „Soziale Erneuerung“	966,0
	Operationelles Programm „Soziale Infrastruktur“	538,9
Umwelt und Energie	Operationelles Programm „Umwelt und Energie“	1140,0
Ländliche Entwicklung	Operationelles Programm „Westpannonien“	128,3
	Operationelles Programm „Mitteltransdanubien“	140,5
	Operationelles Programm „Südtransdanubien“	195,0
	Operationelles Programm „Nordungarn“	207,1
	Operationelles Programm „Nördliche Tiefebene“	207,1
	Operationelles Programm „Südliche Tiefebene“	269,6

	Operationelles Programm „Mittelungarn“	249,9
		419,0
Staatsreform	Operationelles Programm „Staatsreform“	40,9
	Operationelles Programm „Elektronische öffentliche Verwaltung“	99,8
Die Koordination des Neuen Ungarischen Entwicklungsplans	Operationelles Programm „Durchführung“	87,2
Insgesamt		6875,4
Europäische territoriale Zusammenarbeit		106,8
EU-Förderungen von dem Kohäsionsfonds insgesamt		6982,2

Quelle: Die ungarische Regierung, 2007.